



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

4.1	Sanierung der Umkleiden am Rugbyplatz Saarlandstraße (SoMi 328) Gemeinsamer Antrag von GRÜNE- und SPD-Fraktion Drucksache: 21-5386	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Das Umkleidehaus des Hamburger Rugby Verband an der Saarlandstraße ist in die Jahre gekommen. Vor allem der marode Zustand der Umkleiden und Duschen gefährdet inzwischen die Sicherheit der Sportler*innen.

Damit der Rugbyplatz weiterhin attraktiv für seine wachsende Nutzer*innenzahl bleibt, ist eine zeitnahe Sanierung dringend nötig. Im Rahmen dieser Sanierung sollen neben der Instandsetzung der Räume auch moderne wasser- und energiesparende Armaturen eingebaut werden. Außerdem ist ein Austausch der einzelverglasten Fenster geplant, um die Energiebilanz weiter zu verbessern.

Die geschätzten Kosten der Sanierung liegen bei 150.000 Euro, davon 20.000 Euro als Eigenleistungen. Da der Rugbyverband die Maßnahmen nicht aus eigenen Mitteln finanzieren kann und das Gebäude ohnehin städtisch ist, hat er Sondermittel der Bezirksversammlung in Höhe von 80.000 Euro beantragt. Schließlich sind beim Sozialraummanagement des Bezirksamts weitere 50.000 Euro angefragt.

Petition/Beschluss:

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

Die Bezirksversammlung stellt für die Sanierung der Umkleiden auf dem Rugbyplatz an der Saarlandstraße bezirkliche Mittel in Höhe von 80.000 € zur Verfügung.

Für die GRÜNE Fraktion

Timo B. Kranz
Oliver Camp

Für die SPD-Fraktion

Lena Otto
Ralf-Georg Gronau

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

4.2	Neues Lehrschwimmbecken Eberhofweg Gemeinsamer Antrag von GRÜNE- und SPD- Fraktion Drucksache: 21-5396	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Nach dem Abklingen der Corona-Pandemie hat Schwimmen in Hamburg eine besonders hohe Priorität. Viele Kinder konnten durch die verstärkten Bemühungen des Senats durch Angebote von Bäderland Hamburg, der DLRG oder der Schwimmvereine eines der ersten beiden Schwimmbadabzeichen erreichen. Die Zielzahlen von 95 Prozent Schüler*innen mit Seepferdchen und 70 Prozent Schüler*innen mit dem Deutschen Schwimmbadabzeichen Bronze am Ende der Grundschulzeit konnten dennoch nicht erreicht werden. Die Schwimmlern-Offensive muss daher fortgeführt werden.

Umso wichtiger ist es daher, die Infrastruktur aus wohnortnahen Lehrschwimmbecken zu erhalten und zu modernisieren. Am bisherigen Standort Eberhofweg soll das bestehende Schwimmbecken im Zuge des Neubaus der Grundschule abgerissen werden. Die am Bau beteiligten Behörden und Dienststellen sowie der Hamburger Schwimmverband haben sich bereits im Grundsatz auf einen Neubau verständigt. Noch ist aber unklar, wann der Baubeginn erfolgt. Es droht eine mehrjährige Versorgungslücke, in der Familien und Kinder weite Wege zurücklegen müssen, um in anderen Bädern das Schwimmen zu erlernen.

Angesichts der Klimakrise sollte der Neubau allen Anforderungen an einen energieoptimierten Betrieb erfüllen - inklusive Fassaden- und Dachbegrünung sowie PV-Technik. Die zum Betrieb des Lehrschwimmbeckens benötigte Energie und Wärme soll durch ein gemeinsames Konzept mit der Schule hinsichtlich des damit verbundenen CO₂-Ausstoßes optimiert werden.

Petition/Beschluss:

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

1. Das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen für einen Neubau des Lehrschwimmbeckens Eberhofweg einzusetzen.
2. Der Bau soll mit einem nachhaltigen Energie- und Wärmekonzept gemeinsam mit Schule sowie Fassaden- und Dachbegrünung ausgestattet sein.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

**der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024**

3. Das Gebäude bzw. der Gebäudeteil mit dem Lehrschwimmbecken soll über einen direkten Zugang zur Straße Eberhofweg erschlossen werden.
4. Der Neubau soll schnellstmöglich begonnen werden, damit die Langenhorner Kinder keine langen Wege zu einer Schwimmgelegenheit in Kauf nehmen müssen.

Für die GRÜNE Fraktion

Timo B. Kranz
Oliver Camp

Für die SPD-Fraktion

Lena Otto
Martina Schenkewitz

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

4.3	Sondermittelanträge Antrag der FDP-Fraktion Drucksache: 21-5404	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Petition/Beschluss:

Die FDP-Fraktion unterstützt die nachfolgend aufgeführten Sondermittelanträge. Diese werden - abweichend zum etablierten Prozedere - zur Sitzung des Hauptausschusses eingebracht, um sicherzustellen, dass eine Begleitung durch das Bezirksamt noch in der aktuell laufenden Legislaturperiode angestoßen wird.

Vor diesem Hintergrund möge der Hauptausschuss beschließen:

Nr.	Antragssteller	Antragszweck	Beantragte Summe
336	Ruderverein an den Teichwiesen e.V.	Bootsmaterial für die Jugendgruppe	20.000,00 Euro
338	Hamburger Turnerbund von 1862 e.V.	Erneuerung des Kinderspielplatzes Naturbad Kiwittsmoor	35.000,00 Euro
339	Kulturverein SMØRREBRØD e.V.	Probenworkshops und Konzerte der Band „Bitte Lächeln!“	5.631,65 Euro

Claus-Joachim Dickow
(Ausschussmitglied, FDP-Fraktion)

Abstimmungsergebnis:

Nummer 336:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, CDU FDP
Gegenstimmen : DIE LINKE
Stimmenthaltungen :

Nummer 338 wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Nummer 339:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

4.4	Eine neue Bootshalle an der Ratsmühle Gemeinsamer Antrag von GRÜNE- und SPD- Fraktion Drucksache: 21-5407	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Im Januar 2021 brannte die Bootshalle an der Ratsmühle in Fuhlsbüttel. Das danebenliegende Café und ein Wohnhaus konnten glücklicherweise gerettet werden. Die Halle mitsamt Booten wurde aber leider vollständig zerstört.

Als Stadt am Wasser zeichnet sich Hamburg durch eine große Zahl von Bewohnern*innen aus, die Wassersport betreiben. Doch es mangelt vielerorts an Bootslagerplätzen. Nicht wenige Menschen lagern ihre Kajaks, Kanus und andere Boote daher verbotenerweise an den Ufern der Gewässer. Sie schädigen dort Pflanzen, und Tierwelt und beschädigen die empfindlichen Uferbereiche.

Es ist daher von großem Interesse, dass die Bootslagerplätze, die nun schon seit über drei Jahren in Fuhlsbüttel fehlen, wieder hergerichtet werden.

Petition/Beschluss:

Vor diesem Hintergrund möge der Hauptausschuss beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, abweichend vom Bebauungsplan den Wiederaufbau einer Bootshalle für mindestens 100 Boote am Standort Ratsmühle direkt am bestehenden Gastronomiegebäude zu ermöglichen und den entsprechenden Pachtvertrag um 30 Jahre (bis 2054) zu verlängern.

Für die GRÜNE Fraktion
Timo B. Kranz

Für die SPD-Fraktion
Lena Otto

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

4.5	Bezirkliche Mittel Gemeinsamer Antrag von GRÜNE- und SPD- Fraktion Drucksache: 21-5408	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Petition/Beschluss:

Die GRÜNE Fraktion und die SPD-Fraktion beantragen, der Hauptausschuss möge folgende Anträge auf bezirkliche Sondermittel beschließen:

Nr.	Antragsteller	Verwendungszweck	Antragssumme in Euro
336	Ruderverein an den Teichwiesen e.V.	Neues Boot für die Jugendgruppe des Vereines	20.000,00
337	Trockendock e.V.	Coaching Bandgründung für Ju- gendliche	5.510,00
339	Kulturverein Smørrebrød e.V.	Probenworkshops und Konzerte der Band „Bitte Lächeln!“	5.631,65

Für die GRÜNE Fraktion

Timo B. Kranz

Für die SPD-Fraktion

Lena Otto

Abstimmungsergebnis:

Nummern 336 und 339 siehe Drucksache 21-5404

Nummer 337:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

5.1	Qualifizierungsfonds für Ehrenamtliche der Bezirksversammlung Hier: Antrag des Wassersportverein Overfreunde Hamburg e.V. für die Qualifizierung einer Ehrenamtlichen zur Kletterbetreuerin Drucksache: 21-5302	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Wassersportverein Overfreunde e.V. beantragt 966,- €, um eine Ehrenamtliche die Teilnahme an einer Ausbildung zur Kletterbetreuerin durch den Deutschen Alpenverein zu ermöglichen.

Weitere Einzelheiten zum Verein und Zweck der Qualifizierung können der Anlage entnommen werden.

Nach Einschätzung des Fachamtes Sozialraummanagement entspricht der Antrag der Zielrichtung des Qualifizierungsfonds für Ehrenamtliche der Bezirksversammlung. Ob dieser Antrag verhältnismäßig ist, kann das Fachamt Sozialraummanagement nicht beurteilen.

Auf Nachfragen: Die Ehrenamtliche unterstützt die Jugendwarte in der Wintersaison 1x pro Monat beim Klettern mit den Kindern und Jugendlichen.

Das Fachamt Sozialraummanagement empfiehlt einen Kostenzuschuss von 300,- €.

Petition/Beschluss:

1. Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis
2. Der Hauptausschuss beschließt dem Antragsteller 300,- € aus Mitteln des Ehrenamtsfonds zu erstatten.

Michael Werner-Boelz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

5.3	Stadtpark Spielplatz am Planschbecken – zusätzliche Tischtennisplatten Drucksache: 21-5355	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Im Ausschuss Bildung, Kultur und Sport wurde am 16.04.2024 beschlossen, zu prüfen ob zusätzliche Tischtennisplatten im Bereich des Planschbeckens aufgestellt werden können. Zudem sollte geprüft werden ob eine Förderung über den Parksportfonds erfolgen kann und falls dies nicht möglich ist, der Hauptausschuss gebeten wird 16.000 EUR bereitzustellen.

Aufgrund der starken Resonanz in der Bevölkerung werden nun anstelle der zunächst ange-dachten 2 Tischtennisplatten 4 Tischtennisplatten vorgesehen.
Eine Förderung durch den Parksportfonds ist möglich, jedoch ist ein Eigenanteil von 25% der Baukosten erforderlich. Die Kostenberechnung ergibt für 4 Tischtennisplatten einschl. Pflaster-fläche und 6 Hockerbänke einen Bruttobetrag von ca. 53.000 EUR. Der Eigenanteil beträgt so-mit 13.250 EUR.

Der Hauptausschuss wird gebeten die Mittel für den Eigenanteil in Höhe von 13.250 EUR zur Verfügung zu stellen.

Petition/Beschluss:

Um Zustimmung wird gebeten.

Michael Werner-Boelz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

5.4	Sportfonds der Bezirksversammlung Hier: Antrag sportliche Ferienbetreuung für Menschen mit Fluchtgeschichte vom 21.05 bis 27.10.2024 für die Wohnunterkünfte Freiligrathstraße und Opitzstraße Drucksache: 21-5369	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Antrag auf sportliche Ferienbetreuung / Fußballcamp von 5 Wochen in der Zeit vom 21.05 bis 27.10.2024

für 70 Kinder und Jugendliche mit Fluchtgeschichte aus den Wohnunterkunft Freiligrathstraße - Kosten insgesamt von 10.627,70 € - zu ermöglichen.

Sportliche Ferienbetreuung / Fußballcamp von 2 Wochen in den Sommerferien vom 18.07. - 28.08.2024

für 30 Kinder und Jugendliche aus der Wohnunterkunft Opitzstraße- Kosten insgesamt von 4383,30 € - zu ermöglichen.

Insgesamt wird eine Summe **Sport für Menschen mit Fluchtgeschichte von insgesamt 15.011,00 €** beantragt. Weitere Einzelheiten zum Zweck können der Anlage entnommen werden.

Nach Einschätzung des Fachamtes Sozialraummanagement entspricht der Antrag der Zielrichtung des Sportfonds. In beiden Wohnunterkünften wohnen viele Kinder und Jugendliche.

Petitum/Beschluss:

1. Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis
2. Der Hauptausschuss beschließt 15.011,00 € aus Mitteln des Sportfonds zu erstatten.

Michael Werner-Boelz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

5.5	Sportfonds der Bezirksversammlung Hier: Antrag Sportangebote vom 22.05 bis 20.09.2024 für die Wohnunterkunft Freiligrathstraße Drucksache: 21-5370	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Antrag auf regelmäßige Sportangebote für ca. 75 Kinder und Jugendliche mit Fluchtgeschichte aus der Wohnunterkunft Freiligrathstraße vom 22.05. bis 20.09.2024

- Kosten insgesamt von 4239,36 € - zu ermöglichen.

- Fußball für Mädchen und Jungen (8 - 12 Jahren) Mittwoch 16:00 bis 18:00 Uhr
- Fußball (Jugendliche + Erwachsene) Mittwoch 18 bis 20 Uhr
- Ball und Bewegungsspiele für Mädchen und Jungen (7-12 Jahren) Freitag 16:00 bis 18:00 Uhr
- Ball und Bewegungsspiele (Jugendliche + Erwachsene) Freitag 18:00 bis 20:00 Uhr

Die Sportangebote können gut auf dem öffentlichen Sportplatz unmittelbar vor der Wohnunterkunft umgesetzt werden.

Nach Einschätzung des Fachamtes Sozialraummanagement entspricht der Antrag der Zielrichtung des Sportfonds.

Petition/Beschluss:

1. Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis
2. Der Hauptausschuss beschließt 4239,36 € aus Mitteln des Sportfonds zu erstatten.

Michael Werner-Boelz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

5.6	Hamburg-Nord im Fußballfieber – Public Viewing fördert das Gemeinschaftsgefühl Stellungnahme des Bezirksamtes Drucksache: 21-5387	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

In diesem Sommer findet vom 14. Juni bis zum 14. Juli die Fußball-Europameisterschaft der Männer statt und Deutschland darf Gastgeber sein. Im Hamburger Volksparkstadion werden vier Gruppenspiele stattfinden und ein Viertelfinale. In das Stadion passen aber nur knapp 50.000 Zuschauer*innen und die Tickets sind heiß begehrt. Die Hansestadt Hamburg bietet ein buntes kulturelles Programm rund um die EURO 2024 an und möchte sowohl Hamburger*innen als auch Tourist*innen den Fußballsommer spannend und angenehm gestalten. Auf dem Heiligengeistfeld im Stadtteil St. Pauli wird ein großes Public Viewing Event stattfinden.

Fußball verbindet Menschen - das ist auf dem Spielfeld so, genau wie gemeinsam vor dem Bildschirm. Aber nicht jede Person möchte auf so ein großes Event wie auf dem Heiligengeistfeld gehen, um das Spiel gemeinsam schauen zu können. Viele Menschen wünschen sich auch in ihren Stadtteilen in einem kleineren Rahmen die Möglichkeit des Public Viewings.

In Hamburg-Nord könnte sich für ein Public Viewing der Bert-Kaempfert-Platz in Barmbek anbieten. Dort finden regelmäßig Veranstaltungen, Feste und Märkte statt. Der Straßburger Platz auf dem Dulsberg wird vom Wochenmarkt genutzt und könnte sich ebenfalls als Ort gut eignen. Auch der Elsässer Platz bietet gute Möglichkeiten. Der Marie-Jonas-Platz in Eppendorf erfreut sich unter anderem beim Eppendorfer Landstraßenfest oder beim Weihnachtsmarkt großer Beliebtheit. Auf der Fläche des Langenhorner Markts, wo der Wochenmarkt aufgebaut wird, könnte ebenfalls Public Viewing stattfinden. Da sich die Europameisterschaft über mehrere Wochen streckt, muss hier natürlich eine gute Lösung mit den Wochenmarktbetreibenden gefunden werden, sodass keine großen Einschränkungen hinzunehmen sind. Das Einbinden von lokalen Wochenmarktständen und vor Ort ansässiger Gastronomie soll beim Veranstaltungskonzept des Public Viewings mit bedacht werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

1. Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, Gespräche mit potenziellen Veranstalter*innen zu führen, die bereits Erfahrungen in der Organisation von großen Events haben, mit ihnen die Idee von Public Viewing in Hamburg-Nord besprechen und konkrete Pläne entwickeln.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.05.2024

2. Diese fünf Plätze in Hamburg-Nord könnten grundsätzlich als Veranstaltungsort in Frage kommen und sollen entsprechend der einzuhaltenden Kriterien geprüft werden: Bert-Kaempfert-Platz in Barmbek, Straßburger Platz und Elsässer Platz auf dem Dulsberg, Marie-Jonas-Platz in Eppendorf und Langenhorner Markt (Wochenmarktplatz). Mit Wochenmarktbetreibenden soll kooperiert und eine gemeinsame Lösung gefunden werden, sodass keine größeren Einschränkungen hinzunehmen sind.

Für die GRÜNE Fraktion

Timo B. Kranz

Für die SPD-Fraktion

Lena Otto
Ralf-Georg Gronau

Die Bezirksversammlung beschließt den Antrag.

Das Bezirksamt nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Mit dem Beschluss der Bezirksversammlung zur Drs. 21-5218 „Hamburg-Nord im Fußballfieber - Public Viewing fördert das Gemeinschaftsgefühl“ wurde die Bezirksamtsleitung gebeten, Gespräche mit potenziellen Anbietern zu führen um konkrete Pläne für Public Viewing im Bezirk Nord zu entwickeln.

Es wurden diverse Einrichtungen und Anbieter kontaktiert. Im Ergebnis hat sich ein Anbieter bereit erklärt, auf der Veranstaltungsfläche des LaHoMa Einkaufszentrums in Langenhorn ein Angebot für die ersten drei Gruppenspiele der Deutschen Mannschaft anzubieten. Die Fläche ist für rund 500 Personen ausgelegt und überdacht. Der Zustrom der Besucher:innen würde durch einen Sicherheitsdienst gesteuert. Der Anbieter hat bereits mehrfach das Oktoberfest auf der gleichen Fläche organisiert und somit reichhaltige Erfahrung in der Durchführung solcher Veranstaltungen.

Um hier kostendeckend zu arbeiten ist allerdings eine finanzielle Zuwendung notwendig. Gelend gemacht werden folgende Einnahmen und Ausgaben:

Ausgaben:

<u>Position</u>	<u>Einzelpreis</u>	<u>Gesamtpreis</u>
1. LED-Leinwand je Spiel:	3.400 Euro netto =	10.500 Euro netto
2. UEFA-Rechtekauf für 3 Spiele:	1.000 Euro netto =	3.000 Euro netto
3. GEMA	500 Euro netto =	1.500 Euro netto
4. Absperrungen, Bänke, etc.	2.000 Euro netto =	2.000 Euro netto
5. Sicherheit je Spiel	1.000 Euro netto =	3.000 Euro netto
6. Sanitätsdienst je Spiel	500 Euro netto =	1.500 Euro netto
7. Sanitäranlagen, je Spiel	1.000 Euro netto =	3.000 Euro netto



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

8. Werbung	750 Euro netto =	2.250 Euro netto
9. <u>Aufbau- Abbauhelfer je Spiel</u>	<u>1.000 Euro netto =</u>	<u>3.000 Euro netto</u>
	Gesamtkosten	29.750 Euro netto

Einnahmen:

<u>Position</u>	<u>Einzelpreis</u>	<u>Gesamtpreis</u>
10. Sponsoring je Spiel:	2.500 Euro netto =	7.500 Euro netto
11. Einnahmen Schausteller:	1.500 Euro netto =	4.500 Euro netto
12. <u>Sonstiges</u>	<u>500 Euro netto =</u>	<u>1.500 Euro netto</u>
	Gesamtkosten	13.500 Euro netto

Für die Durchführung von drei Public Viewing Veranstaltungen ist somit eine Zuwendung aus bezirklichen Mitteln in Höhe von 16.250 Euro notwendig.

Petition/Beschluss:

Für die Durchführung von Public Viewing für die drei Vorrundenspiele der Deutschen Nationalmannschaft werden dem Anbieter 16.250 Euro aus bezirklichen Mitteln zur Verfügung gestellt.

Michael Werner-Boelz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

5.7	Qualifizierungsfonds für Ehrenamtliche der Bezirksversammlung Hier: Folgeantrag Futopia Hamburg-Nord e.V. für die Fortbildung von 5 Ehrenamtlichen Drucksache: 21-5405	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Verein Futopia Hamburg-Nord e.V. - Stadtteilinitiative für Nachhaltigkeit und ein besseres Miteinander beantragt insgesamt 720 €, um 5 ehrenamtlichen Mitgliedern die Teilnahme an einer weiteren Fortbildung im Bereich - Einführung in die praktische Arbeit Permakultur - zu ermöglichen. Die Stadtteilinitiative möchte noch in diesen Sommer das bereits erlernte praktisch umsetzen. Kosten der Fortbildung pro Person 144 €.

Nach Absprache mit Permakultur Campus Hamburg ist die Fortbildung für 2 x 3 Stunden am Standort KGV 501 Fuhlsbüttel, Flughafenstraße Parzelle 92 und 93 vorgesehen.

Weitere Einzelheiten zu dem Verein und zum Zweck können der Anlage entnommen werden.

Nach Einschätzung des Fachamtes Sozialraummanagement entspricht der Antrag der Zielrichtung des Ehrenamtsfonds.

Petition/Beschluss:

1. Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis
2. Der Hauptausschuss beschließt dem Antragsteller 720 €, - aus Mitteln des Ehrenamtsfonds zu erstatten.

Michael Werner-Boelz

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

6.1	Stellungnahme zu dem Bericht der gemäß § 5c Abs. 1 und 2 Entschädigungsleistungsgesetz (EntschädLG) berufenen Kommission zur Angemessenheit der Entschädigungsleistungen und Zuschüsse nach § 2 Abs. 3 sowie nach §§ 3a, 3b, 3c und 5 EntschädLG Drucksache: 21-5393	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Die Entschädigungskommission bewertet einmal pro Legislatur die Angemessenheit der Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit der Bezirksabgeordneten und zubenannten Bürgerinnen und Bürger. Ihr aktueller Bericht vom 17. April 2024 enthält verschiedene Vorschläge, u.a. zu den Fahrtkosten, Kinderbetreuungskosten und dem Zuschuss zur IT-Nutzung. Die Vorsitzende der Bezirksversammlung kann zum Bericht Stellung zu nehmen.

Die Bezirkspolitik übernimmt viel Verantwortung für die parlamentarische Arbeit vor Ort. Insbesondere in der Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern kommt ihr eine wichtige Aufgabe zu. Hierbei ist festzustellen, dass die Erwartungen an mediale Präsenz und Erreichbarkeit im Verlauf der vergangenen Jahre gestiegen sind, ebenso wie fachliche Anforderungen. Dies stellt viele Mitglieder der Bezirksversammlung vor zunehmende Herausforderungen in der Vereinbarkeit von Beruf, Ehrenamt und Familie. Die Arbeit in der Bezirksversammlung darf allerdings kein Privileg finanziell bessergestellter Menschen werden, denn ihre Mitglieder sollten sich aus den verschiedensten Teilen der Bevölkerung möglichst heterogen zusammensetzen, sodass ein Dialog verschiedenster Perspektiven entstehen kann.

Unserer Einschätzung nach sollte die durch die Kommission empfohlene Dynamisierung der Aufwandsentschädigung entsprechend der Veränderungen der Kostenpauschale nach § 3 Absatz 2 des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes beibehalten werden. Denn diese Regelung berücksichtigt den Umstand, dass es sich bei einer Erhöhung der Aufwandsentschädigung nicht nur um einen Inflationsausgleich handelt, sondern um eine Kompensation für die benannten gestiegenen Anforderungen an die Mitglieder der Bezirksversammlung. Dass dies in Anlehnung an die Regelungen für die MDHB passiert, ist in der Einheitsgemeinde der FHH naheliegend. Eine Entkoppelung der Aufwandsentschädigungen der MDHB und der Mitglieder der Bezirksversammlung würde dem erwähnten Mehraufwand für die Mitglieder der Bezirksversammlung wenig Wertschätzung entgegenbringen, zumal dies bei der Anhörung der Fraktionsvorsitzenden durch die Kommission gar nicht angesprochen wurde.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.05.2024

Der aktuelle Bericht der Entschädigungsleistungskommission erreichte die Vorsitzende der Bezirksversammlung am 22. April 2024. Die weiteren Beratungen zum EntschädLG finden voraussichtlich bereits im Mai in der Bürgerschaft statt, sodass eine Stellungnahme kurzfristig abzugeben ist. Dies erfolgt über den Hauptausschuss, da vor den Bezirkswahlen keine Sitzung der Bezirksversammlung mehr stattfindet.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss bittet die Vorsitzende der Bezirksversammlung, folgende Stellungnahme abzugeben:

1. Vor dem geschilderten Hintergrund unterstützt die Vorsitzende der Bezirksversammlung Hamburg-Nord die Empfehlungen der Kommission zu §3a EntschädLG „Fahrkosten“ und § 4b EntschädLG „Kinderbetreuungskosten“ ausdrücklich. Auch die Anpassungen zu §3c EntschädLG „Zuschuss für IT-Nutzung“ und § 5 EntschädLG „Zuschüsse an die Fraktionen der Bezirksversammlung“ werden unterstützt.
2. Die Vorsitzende der Bezirksversammlung Hamburg-Nord spricht sich dafür aus, die Aufwandsentschädigung nach § 2 Abs. 3 EntschädLG weiterhin an die Aufwandsentschädigung der Bürgerschaftsabgeordneten zu koppeln. Eine Änderung dieses Systems ist bei der Anhörung der Fraktionsvorsitzenden bei der Entschädigungskommission nicht besprochen worden und hätte vielfältige Auswirkungen, die weit über den reinen Betrag der Entschädigung hinausgehen. Die Vorsitzende spricht sich ausdrücklich dafür aus, die Aufwandsentschädigung der Bezirksversammlung weiterhin entsprechend der Aufwandsentschädigung der Bürgerschaftsabgeordneten gem. § 2 Abs. 3 Satz 5 EntschädLG zu bemessen und § 2 Abs. 3 EntschädLG in seiner jetzigen Form insgesamt beizubehalten.

Isabel Permien

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.1	Teilzeit-Ladezone für den Lehmweg Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 21-5294.1	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 08.04.2024 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung möge sich bei der Behörde für Inneres und Sport dafür einsetzen, dass für den Lehmweg vor Haus Nr. 50 die Einrichtung einer zeitlich begrenzten Ladezone geprüft werden möge.

Die Ladezone soll auf den Zeitraum werktäglich von 07.00 - 17.00 Uhr begrenzt werden. Im restlichen Zeitraum (17.00 - 07.00 Uhr) soll die Fläche von allen als Parkplatz genutzt werden können.

Hintergrund:

Der Lehmweg im Stadtteil Hoheluft-Ost ist in dem zwischen Falkenried und Eppendorfer Baum gelegenen Abschnitt durch Einzelhandel in Form von vielen kleinen und meist inhabergeführten Läden gekennzeichnet.

Die Belieferung dieser Ladengeschäfte erfolgt in der Regel durch LKWs. Hier ist es oft üblich, dass die Ware auf Paletten angeliefert wird. Die Fahrer*innen stehen dann meistens vor einem großen Problem: Sie können ihre vollgepackten Paletten nicht zwischen den geparkten Fahrzeugen hindurch bewegen. Aus diesem Grund fahren die Lieferant*innen dann bis zum nächsten Fußgängerüberweg und stellen das Fahrzeug dort vor der Ampel ab. Das führt zu großen Konflikten mit den anderen Verkehrsteilnehmenden.

Zur Lösung dieses Problems schlagen die Antragstellenden nach Gesprächen mit den Ladeninhaber*innen eine Teilzeit-Ladezone im Lehmweg vor.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.2	Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport v. 16.04.2024 - Mittel der Stadtteilkulturförderung interkultureller Projekte 2024 Drucksache: 21-5347	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat in seiner Sitzung am 16.04.2024 einstimmig die folgenden Beschlussempfehlungen verabschiedet:

1. Drucksache 21-5304

Antragsteller/in: **Goldbekhaus e.V.**

Projekt: „**Jiddisches Musikfest 2024**“

Höhe der beschlossenen Förderung: **3.425,23 €**

Förderzeitraum: **01.07. - 31.12.2024 (VA 02.11.2024)**

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

2. Drucksache 21-5305

Antragsteller/in: **KulturKlinker Barmbek e.V.**

Projekt: „**DIWAN des Tanzes**“

Höhe der beschlossenen Förderung: **2.273,92 €**

Förderzeitraum: **01.09.2024 - 31.03.2025**

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.3	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport - Zusätzliche Tischtennisplatten am Planschbecken im Stadtpark Drucksache: 21-5338.1	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 16.04.2024 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig aufgrund eines interfraktionellen Antrages folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

- „1. Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, prüfen zu lassen, ob und ggf. wo zusätzliche Tischtennisplatten im Bereich des Planschbeckens im Stadtpark aufgestellt werden könnten. Da die bestehende große Gruppe gerne weiterhin gemeinsam spielen möchte, sollten vorzugsweise Lösungen geprüft werden, wo dies möglich ist.
2. Es soll geprüft werden, ob die Finanzierung zur Gänze oder zumindest in Teilen über den Parksportfonds auf Landesebene erfolgen kann.
3. Für den Fall, dass dies nicht möglich sein sollte, wird der Hauptausschuss gebeten, bis zu 16.000 Euro bereitzustellen.“

Hintergrund

Mit viel Schwung und Begeisterung unterstützten viele Tischtennis-Begeisterte in der vergangenen Sitzung der Bezirksversammlung ihren Vertreter, der in der Fragestunde zu Beginn der Sitzung den Wunsch nach weiteren Tischtennisplatten am Planschbecken im Stadtpark vortrug.

Seit der Corona-Pandemie lässt sich ein starker Zulauf an Tischtennispielenden im Stadtpark verzeichnen. Dies führt dazu, dass die einzelnen Sportler*innen oft lange warten müssen, bis sie eine der Platten nutzen können.

Hamburg versteht sich selbst als „Active City“ und verfolgt somit den Ansatz, Sportmöglichkeiten gerade auch gratis und leicht zugänglich im öffentlichen Raum zu fördern. Wenn wie in diesem Fall bereits vorher klar ist, dass neue Sportgelegenheiten intensiv genutzt würden, spricht viel dafür, dem Wunsch danach auch nachzukommen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.4	Fahrradstellplätze an der Hamburger Straße 200 einrichten - Beschlussempfehlung des Regionalausschusses BUHD Drucksache: 21-5328.1	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am 15.04.2024 mit oben genannter Thematik auseinandergesetzt und bei Enthaltung der CDU-Fraktion einstimmig folgende Beschlussempfehlung formuliert:

Die Bezirksamtsleitung wird gebeten, dafür zu sorgen, dass im Bereich vor der Hamburger Straße 200 mindestens vier Fahrradbügel eingebaut werden. Dafür sollen die Nebenflächen im nahen Umfeld geprüft werden. Falls keine passenden Flächen gefunden werden, kann zur Einrichtung der Fahrradbügel auch der Parkstreifen vor der Hamburger Straße 200 in Anspruch genommen werden.

Begründung:

Die Verbesserung der Radwege führt auf der Hamburger Straße zu einer deutlichen Zunahme des Radverkehrs. Auf Höhe der Hamburger Straße 200 befinden sich ein Waschsalon, ein Fahrradladen, ein sehr gut frequentierter Postshop und ein Discounter. Fahrradstellplätze sind in der näheren Umgebung nicht ausreichend vorhanden.

Es besteht ein großer Bedarf an Fahrradstellplätzen, insbesondere morgens und zur Feierabendzeit. Regelmäßig werden Fahrräder auf dem Gehweg vor den Schaufensterscheiben abgestellt. Das stört die Ladenbesitzer*innen, außerdem fehlt dann Platz zur Anlieferung und für Fußgänger*innen. Lieferwagen halten regelmäßig zum Be- und Entladen auf der rechten Fahrspur, wenn die Ladezone vor dem Discounter besetzt ist. Rad- und Lieferverkehr kommen sich so in die Quere.

Während für den Autoverkehr durch die Ladezone eine Möglichkeit für kurzzeitiges Parken gegeben ist, fehlt eine solche für den Radverkehr. Durch die Einrichtung von Fahrradstellplätzen vor der Hamburger Straße 200 kann die konfliktreiche Situation verbessert werden.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

**der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024**

Petition/Beschluss:

Der Hauptschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, DIE LINKE, FDP
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : CDU



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.5	Umbenennung der kolonialbelasteten Straßen in Ohlsdorf - Begründungen für die Benennungen Fredericks/Kamana Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 21-5353.1	ungeändert beschlossen
-----	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 22.04.2024 mit der o.g. Thematik aufgrund eines gemeinsamen Antrags der Grüne-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der FDP-Fraktion befasst und mehrheitlich folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Nord wird gebeten, dem Staatsarchiv zur Umbenennung der Straßen Woermannsweg und Woermannstieg folgende Begründung zu übermitteln:

Dem zuständigen Regionalausschuss war es besonders wichtig, den u. a. in der Fachstrategie zum Umgang mit kolonialen Straßennamen in Hamburg genannten Ziel (siehe Kapitel 3.2) einen Perspektivwechsel, weg von einer pro-kolonialen bzw. kolonialunkritischen, relativierenden, weiß-dominierten Sicht auf die Kolonialgeschichte hin zu einer rassismussensiblen, postkolonialen und kritischen Sichtweise auf die Kolonialgeschichte, sicherzustellen unter Beteiligung der betroffenen Akteur*innen und Communities (siehe 3.3).

Für den Vorschlag **Louisa-Kamana-Weg** gelten die obigen Kriterien als erfüllt, da die Namensgeberin Tochter des Ovaherero-Chiefs Kamana war und sie sowie ihr neugeborenes Kind im Zuge der Kolonialisierung des heutigen Namibias von einem deutschen Händler erschossen wurden, nachdem sie sich gegen einen Vergewaltigungsversuch wehrte. Es kam zu Protesten und tatsächlich auch zu einer der wenigen Verurteilungen. Die Morde gelten mit als Impulsgeber für den Widerstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft.

Für den Vorschlag **Cornelius-Fredericks-Stieg** gelten die Kriterien als erfüllt, da der Namensgeber zu den großen Persönlichkeiten des militärischen Widerstands gegen die deutsche Kolonialherrschaft gehörte. Er konnte erst 1906 zur Kapitulation gezwungen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

werden und verstarb aufgrund der unmenschlichen Haftbedingungen in einem Konzentrationslager an der südnamibischen Küste.

Begründung:

Der Senat bzw. die zuständige Senatskommission für die Benennungen von Verkehrsflächen ist durch den Beschluss der Bezirksversammlung ersucht, Vorschläge für die Umbenennung der Straßen Woermannsweg, Woermannstieg und Justus-Strandes-Weg zu prüfen. Für die inhaltliche Vorbereitung der Umbenennung der genannten Straßen nach Opfern oder Menschen aus dem Widerstand der kolonialen Schreckensherrschaft ist das Staatsarchiv zuständig.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen	:	GRÜNE, SPD, DIE LINKE, FDP
Gegenstimmen	:	CDU
Stimmenthaltungen	:	



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.6	Umbenennung der kolonialbelasteten Straßen in Ohlsdorf - Zusatzinformationen für die Straßenschilder Fredericks/Kamana Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 21-5354.1	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 22.04.2024 mit der o.g. Thematik aufgrund eines gemeinsamen Antrags der Grüne-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der FDP-Fraktion befasst und mehrheitlich folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Nord wird gebeten, dem Staatsarchiv zur Umbenennung der Straßen Woermannsweg und Woermannstieg folgende Begründung zu übermitteln:

Dem zuständigen Regionalausschuss war es besonders wichtig, den u. a. in der Fachstrategie zum Umgang mit kolonialen Straßennamen in Hamburg genannten Ziel (siehe Kapitel 3.2) einen Perspektivwechsel, weg von einer pro-kolonialen bzw. kolonialunkritischen, relativierenden, weiß-dominierten Sicht auf die Kolonialgeschichte hin zu einer rassismussensiblen, postkolonialen und kritischen Sichtweise auf die Kolonialgeschichte, sicherzustellen unter Beteiligung der betroffenen Akteur*innen und Communities (siehe 3.3).

Für den Vorschlag **Louisa-Kamana-Weg** gelten die obigen Kriterien als erfüllt, da die Namensgeberin Tochter des Ovaherero-Chiefs Kamana war und sie sowie ihr neugeborenes Kind im Zuge der Kolonialisierung des heutigen Namibias von einem deutschen Händler erschossen wurden, nachdem sie sich gegen einen Vergewaltigungsversuch wehrte. Es kam zu Protesten und tatsächlich auch zu einer der wenigen Verurteilungen. Die Morde gelten mit als Impulsgeber für den Widerstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft.

Für den Vorschlag **Cornelius-Fredericks-Stieg** gelten die Kriterien als erfüllt, da der Namensgeber zu den großen Persönlichkeiten des militärischen Widerstands gegen die deutsche Kolonialherrschaft gehörte. Er konnte erst 1906 zur Kapitulation gezwungen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

werden und verstarb aufgrund der unmenschlichen Haftbedingungen in einem Konzentrationslager an der südnamibischen Küste.

Begründung:

Der Senat bzw. die zuständige Senatskommission für die Benennungen von Verkehrsflächen ist durch den Beschluss der Bezirksversammlung ersucht, Vorschläge für die Umbenennung der Straßen Woermannsweg, Woermannstieg und Justus-Strandes-Weg zu prüfen. Für die inhaltliche Vorbereitung der Umbenennung der genannten Straßen nach Opfern oder Menschen aus dem Widerstand der kolonialen Schreckensherrschaft ist das Staatsarchiv zuständig.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen	:	GRÜNE, SPD, DIE LINKE, FDP
Gegenstimmen	:	CDU
Stimmenthaltungen	:	



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.7	Wohnquartier am Weißenberge an den ÖPNV anbinden: Einrichtung einer Bushaltestelle Richtung U/S-Bahn Ohlsdorf Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel Drucksache: 21-5322.1	ungeändert beschlossen
------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Langenhorn-Fuhlsbüttel-Ohlsdorf-Alsterdorf-Groß Borstel hat sich in seiner Sitzung am 22.04.2024 mit der o.g. Thematik aufgrund eines gemeinsamen Antrags von Grüne-Fraktion und SPD-Fraktion befasst und einstimmig folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Der Bezirksamtsleiter wird gebeten,

1. mit der Hochbahn und der Polizei möglichst bald die Einrichtung einer provisorischen Bushaltestelle abzustimmen;
2. eine sichere Querung der Fahrbahn in unmittelbarer Nähe der Bushaltestelle zu ermöglichen (z.B. Baustellen-Fußgängerampel);
3. dem Regionalausschuss zu gegebener Zeit über den Umsetzungsstand zu berichten.

Begründung:

In dem Bereich zwischen Sengelmanstraße, Suhrenkamp, Nesselstraße, Am Weißenberge und Maienweg südwestlich der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel ist ein komplett neues Wohnquartier entstanden. Der Bus 174 fährt den Maienweg entlang und hält auch an der Haltestelle Nesselstraße. Die Bushaltestelle ist aber nur einseitig in Richtung Sengelmanstraße eingerichtet worden. Der Bus fährt in dieser Fahrtrichtung zur U-Bahnstation Fuhlsbüttel, dann weiter nach Poppenbüttel und Volksdorf. Noch wichtiger für die Bewohner*innen des neuen Quartiers ist allerdings die Gegenrichtung zur U-/S- Bahnstation Ohlsdorf. Der Bus fährt heute schon den Maienweg entlang Richtung Ohlsdorf - nur ohne Halt an der Nesselstraße. Die Bahnstation Ohlsdorf wäre nach einem weiteren Halt im Maienweg schnell zu erreichen.

Die Bushaltestelle in dieser Richtung konnte aufgrund von berechtigten Sicherheitsbedenken der Polizei nicht eingerichtet werden: Der Maienweg ist eine viel befahrene Hauptverkehrsstraße mit Tempo 50, es gibt keine gesicherte Querungsmöglichkeit in diesem



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

**der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024**

Bereich und zusätzlich befindet sich auch auf der Seite der möglichen Bushaltestelle nur ein Radweg und kein Gehweg.

Eine endgültige bauliche Lösung für diesen Bereich des Maienwegs ist zwar anvisiert und auch politisch gewollt, wird sich aber nicht kurzfristig verwirklichen lassen.

Da die Planung und Umsetzung einer endgültigen Baumaßnahme noch längere Zeit dauern wird, ist eine kurzfristige ÖPNV-Anbindung des Neubaugebiets nötig und sinnvoll. Es ist deshalb eine provisorische Lösung zu planen und umzusetzen, die eine gefahrlose Überquerung des Maienwegs ermöglicht.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.8	Fortschreibung des bezirklichen Radverkehrskonzepts hier.: Finaler Abschlussbericht - Vorlage und Beschlussfassung Beschlussempfehlung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität Drucksache: 21-5157.1	ungeändert beschlossen
-----	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität hat sich in seiner Sitzung am 23.04.2024 mit o.g. Thematik befasst und einstimmig mit den Stimmen der Grünen-Fraktion und der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, DIE LINKE und FDP folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität stimmt dem durch das Bezirksamt erstellten bezirklichen Radverkehrskonzept zu und empfiehlt der Bezirksversammlung, der Beschlussempfehlung zu folgen und das bezirkliche Radverkehrskonzept in der vorgelegten Fassung zu beschließen.

Begründung:

Der hiermit vorgelegte Abschlussbericht zur Fortschreibung des bezirklichen Radverkehrskonzeptes für den Bezirk Hamburg-Nord ist das Ergebnis einer Vielzahl von Beteiligungsverfahren, Gesprächen mit politischen Gremien, anderen Fachabteilungen und fachlicher Bewertung durch das beauftragte Ingenieurbüro ARGUS.

Die Bezirksrouten stellen eine direkte, konfliktfreie und komfortable Erschließung der Stadtteile für den Radverkehr dar. Sie ergänzen dabei die bereits weitergehend ausgebauten stadtweiten Velorouten, sodass ein dichtes Radroutennetz im gesamten Bezirksområde entsteht. Die aus den vergangenen Arbeits- und Beteiligungsschritten ermittelten Korridore bildeten die Basis für die Ableitung der finalen neun Bezirksrouten (s. eingefügte Darstellung):

- I Nord-Süd-Route**
- II Alster-Airport-Route**
- III Fuhlsbüttler-Route**
- IV Barmbek-Süd-Route**
- V Osterbek-Route**
- VI Stadtpark-Süd-Route**



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

VII City-Nord-Route
VIII Ost-West-Route
IX Langenhorner-Route

Aufgrund des umfangreichen Untersuchungsgebietes und des langfristigen Umsetzungszeitraumes, hat das Ergebnis des Projektes einen konzeptionellen Charakter. Es beinhaltet Informationen zu den erforderlichen Ausbauanforderungen für eine angemessene Qualität des Radverkehrs, zur Machbarkeit innerhalb der verfügbaren öffentlichen Räume und zu Prioritäten für die bauliche Umsetzung. Entsprechend ersetzt das vorliegende Bezirksroutenkonzept keine detaillierten Straßenverkehrsplanungen. Diese werden nun, sofern sie nicht in laufende oder bereits geplante Projekte integriert werden können, entsprechend den verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen angeschoben. Hinsichtlich der Priorisierung der einzelnen Abschnitte wird das Bezirksamt im nächsten Schritt eine entsprechende Maßnahmenliste erarbeiten und dem Ausschuss vorlegen.

Das Bezirksamt Hamburg-Nord bedankt sich bei der Politik und bei allen Bürgerinnen und Bürgern für die tatkräftige Unterstützung bei der Fortschreibung des bezirklichen Radverkehrskonzeptes und der stets ergebnisorientierten Zusammenarbeit.

Der Abschlussbericht wird inklusive hoch aufgelöster Karten auf den Internetseiten des Bezirksamtes Hamburg-Nord veröffentlicht, wo auch die detaillierten Dokumentationen zu den Beteiligungsveranstaltungen und weitere Informationen hinterlegt sind:

<https://www.hamburg.de/hamburg-nord/nachhaltige-mobilitaet/16471216/bezirksrouten/>

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen	:	GRÜNE, SPD
Gegenstimmen	:	
Stimmenthaltungen	:	CDU, DIE LINKE, FDP



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.9	Abstellflächen für E-Scooter in Hamburg-Nord - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität Drucksache: 21-5342.1	ungeändert beschlossen
------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität hat sich in seiner Sitzung am 23.04.2024 mit dem o.g. Sachverhalt aufgrund eines gemeinsamen Antrags der GRÜNE-Fraktion und der SPD-Fraktion befasst und mehrheitlich die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. Das Bezirksamt wird gebeten, im Umfeld von besonders stark von E-Scooter-Nutzenden frequentierter Orte passende Abstellflächen zu identifizieren und diese in Zusammenarbeit mit der Mobilitätswendebehörde BVM umzusetzen. Die Flächen sollen markiert und mit Abstellverbotszonen im direkten Umkreis kombiniert werden.
2. Abstellflächen sollen zunächst an folgenden Verkehrsknotenpunkten eingerichtet werden:
 - U-Bahn-Station Kellinghusenstraße
 - U-Bahnstation Mundsburg
 - Bahnhof Barmbek (beide Seiten)
 - Langenhorn Markt (Marktbereich und U-Bahn-Zugänge),
 - S-Bahn-Station Alte Wöhr.

Begründung:

E-Scooter sind inzwischen ein fester Bestandteil des Mobilitäts-Mix in unserer Stadt. Menschen aller Altersgruppen und Fitnessniveaus nutzen sie, um mühelos Strecken an der frischen Luft zurückzulegen. Dank ihrer Flexibilität und relativen Emissionsarmut tragen sie zur Stärkung der Mobilitätswende und zu einer besseren Klimabilanz bei. Als Verkehrsmittel für kurze Strecken und die sogenannte „Letzte Meile“ erleichtern sie den Zugang zum öffentlichen Nahverkehr und können zur intermodalen Fortbewegungsvielfalt beitragen.

Allerdings stellen falsch geparkte oder umgekippte E-Scooter ein Problem dar. Sie blockieren Wege und werden zu Hindernissen oder Stolperfallen. Die Bürgerschaft hat sich dieses Themas bereits angenommen und in einem Antrag ([Drs. 22/14109 <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/86154/>](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/86154/)) den Senat ersucht, mehr verpflichtende Abstellflächen zu schaffen, um blockierende E-Scooter an vielgenutzten Orten zu verhindern. In einigen Bezirken sind solche Abstellflächen bereits eingerichtet. Mit diesem Antrag wird das Bezirksamt gebeten, passende Flächen für Hamburg-Nord zu identifizieren und in die Umsetzung zu bringen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

**der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024**

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, FDP
Gegenstimmen : CDU, DIE LINKE
Stimmenthaltungen :



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.10	Vergabe der Mittel der Bezirksversammlung- Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses Drucksache: 21-5349.1	ungeändert beschlossen
-------------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Haushaltsausschuss hat in seiner Sitzung am 17.04.2024 die in der anliegenden Übersicht dargelegten Beschlussempfehlungen für den Hauptausschuss verabschiedet.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Nummern 333 (8.000 €), 334 und 335:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.12	Beschlussempfehlung des Ausschusses Bildung, Kultur und Sport v. 07.05.2024 - Sondermittel für interkulturelle Projekte 2024 Drucksache: 21-5399	ungeändert beschlossen
------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss Bildung, Kultur und Sport hat sich in seiner Sitzung am 07.05.2024 mit den u.a. Projektmitelanträgen befasst und einstimmig die folgenden Beschlussempfehlungen verabschiedet:

Projekte aus dem Sonderfonds „interkulturelle Projekte“ 2024

1. Drucksache 21-5365

Antragsteller/in: **Goldbekhaus e.V.**

Projekt: „**Filmvorführungen zum Thema Demokratie und Vielfalt stärken**“

Höhe der beschlossenen Förderung: **3.600,00 €**

Förderzeitraum: **08.05.-30.09.2024**

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

Abstimmung: Einstimmig, bei Enthaltung der CDU-Fraktion

2. Drucksache 21-5366

Antragsteller/in: **Goldbekhaus e.V.**

Projekt: „**Interkulturelles Frauenfrühstück**“

Höhe der beschlossenen Förderung: **4.520,00 €**

Förderzeitraum: **01.07.2024 - 30.06.2025** (1 x mtl.)

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung

3. Drucksache 21-5364

Antragsteller/in: **Kulturhaus Dehnhaide e.V. (Kulturpunkt Basch)**

Projekt: „**Hof Musik - Ein Hauch von Welt - Ein Stück zu Hause**“

Höhe der beschlossenen Förderung: **2.140,00 €**

Förderzeitraum: **01.06. - 30.11.2024**

Art der Förderung: Fehlbedarfsfinanzierung



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Nummer 1.:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen	:	GRÜNE, SPD, DIE LINKE, FDP
Gegenstimmen	:	
Stimmenthaltungen	:	CDU

Nummern 2. und 3.:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.13	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport - Zugang zur Zweifeldhalle von der Dehnhaide ermöglichen Drucksache: 21-5310.1	ungeändert beschlossen
------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport hat sich in seinen Sitzungen am 16.04.2024 und 07.05.2024 mit der o.g. Thematik befasst und die folgende Beschlussempfehlung mehrheitlich (JA-Stimmen: GRÜNE, SPD - Nein-Stimmen: CDU, DIE LINKE - Enthaltung: FDP) verabschiedet:

„Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Zweifeldhalle Zeisigstraße einen direkten Zugang zur Dehnhaide erhält und in dessen unmittelbarer Nähe zehn Fahrradbügel bereitgestellt werden.“

Hintergrund:

Die Sporthalle der Adolph-Schönfelder-Grundschule an der Zeisigstraße wurde abgerissen und durch einen doppelt so großen Neubau ersetzt. Das ist eine gute Investition für die verlässliche Erteilung von drei Schulstunden Sport und den Sportler*innen im Stadtteil, denen nun mehr Sportinfrastruktur zur Verfügung steht. Ab Spätsommer 2024 soll die Sportstätte genutzt werden können.

Sporthallen sind wichtiger Teil der sozialen Infrastruktur in Hamburg-Nord, denn jenseits des Schulunterrichts kommen dort verschiedene Nutzer*innen zusammen, verbringen ihre Freizeit und haben Freude an Bewegung. Ganzjährig überwiegt in den meisten Sportstätten die außerschulische Nutzung die Nutzungszeiten der Schulen. Daher ist es unverständlich, dass Sportstätten vor allem für schulische Belange gebaut und ausgestattet werden.

Daraus folgt, dass die einfache Erreichbarkeit aus dem Stadtteil ein wichtiges Kriterium beim Neubau von Schulsportstätten ist. Direkte, barrierearme Zuwege von Hauptstraßen sowie eine ausreichend große Zahl zum Abstellen von Fahrrädern, sind Kennzeichen einer umsichtigen Planung.

An der Dehnhaide steht neben dem Fußweg ausreichend Platz zur Verfügung.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

**der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024**

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen	: GRÜNE, SPD
Gegenstimmen	: CDU, DIE LINKE
Stimmenthaltungen	: FDP



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.14	Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses - ungeändert beschlossen Ein Platz für alle: Parklets für Hamburg-Nord Drucksache: 21-4494.1.4
-------------	--

Sachverhalt:

Der Haushaltsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 17.04.2024 aufgrund der Stellungnahme des Bezirksamtes zu einem Beschluss der Bezirksversammlung vom 15.06.2023 (Drs. 21-4494) mit der o.g. Thematik befasst und aufgrund eines interfraktionellen Antrags mehrheitlich bei Gegenstimme der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion und bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

1. Die Holzplaketten, die das Bezirksamt vorschlägt anzubringen, werden auch aus dem Fonds finanziert, unabhängig von der Anzahl der beantragten Parklets und unabhängig von der Höhe der beantragten Kosten.
2. Sondernutzungsgebühren können ebenfalls aus dem Fonds finanziert werden, ggf. auch über den Höchstbetrag von 1.000 Euro bzw. 2.000 Euro hinaus.
3. Um auch für 2024 noch den Fonds zur Förderung von Anträgen nutzen zu können und damit den gewünschten Anreiz zur Aufstellung von Parklets zu gewähren, wird die Finanzierung der bis zum 1.8.2024 eingegangenen Anträge aus Parklets vorbehaltlich einer Sondernutzungsgenehmigung beschlossen.

Hintergrund:

Der Straßenraum ist öffentlich und damit ein wichtiger Teil des für alle zugänglichen Stadtgebiets. Der öffentliche Raum gehört allen Menschen und soll deren Bedürfnissen gleichermaßen dienen. Er sollte daher möglichst vielfältig genutzt und gestaltet werden. Aufgrund der hohen Dichte der Quartiere besonders in der inneren Stadt herrscht dabei eine starke Konkurrenz der verschiedenen Nutzungsansprüche.

Ein großer Anteil des öffentlichen Straßenraums ist derzeit einer ausschließlichen Nutzung als Parkraum vorbehalten. Parkende Autos belegen öffentliche Flächen, die dadurch für nachhaltigere Nutzungen nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie dienen damit vielfach nur noch genau der Person, die das Fahrzeug nutzt, nicht aber allen anderen. Erwiesen ist, dass die privaten Pkw im Durchschnitt täglich nur etwa eine von 24 Stunden genutzt werden. Den Rest der Zeit parkt das Fahrzeug.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Auch die Funktion des öffentlichen Raums für den Aufenthalt und als Ort der Begegnung leidet unter der aktuellen Bevorzugung des ruhenden Autoverkehrs. Wohnungsnahe Freiräume und Erholungsbereiche sind aber in vielen Quartieren knapp. Nicht zuletzt Corona hat aber gezeigt, wie groß das Bedürfnis nach kleinen Freiräumen und Erholungsinseln ist.

Eine gute Möglichkeit, zumindest temporär solche Orte zu schaffen, sind sogenannte Parklets. Hier werden Autoparkflächen für eine begrenzte Zeit genutzt, um attraktive Sitzgelegenheiten direkt im Wohnumfeld zu schaffen. Auf der Fläche eines Parkplatzes, die rund zwölf Quadratmetern umfasst, können sich Menschen begegnen, relaxen oder auf ihren Wegen notwendige Ruhepausen verbringen. Werden diese Flächen auch noch mit einer ansprechenden Begrünung versehen, entstehen hochattraktive Nachbarschafts-Inseln, die die Lebensqualität der Anwohnerschaft ebenso wie die der Passant*innen erhöht.

Wichtig für die Akzeptanz eines Parklets ist dabei, dass es Menschen vor Ort gibt, die es nicht nur nutzen wollen, sondern sich auch dafür verantwortlich fühlen. Daher sollten Parklets nur dann eingerichtet werden, wenn es ein entsprechendes Interesse aus der Nachbarschaft gibt. Die Gestaltung des einzelnen Parklets kann dann individuell so erfolgen, wie es den jeweiligen Standorten und Bedürfnissen entspricht.

Der Bezirk Eimsbüttel hat in den vergangenen Jahren schon einige Erfahrungen mit Parklets gemacht. Beispielsweise am Eppendorfer Weg ist eine attraktive Sitzlandschaft, ergänzt um eine bienenfreundliche Bepflanzung, entstanden, die rege von der Anwohnerschaft genutzt wird (s. Foto). Hamburg-Nord sollte an die im Nachbarbezirk gemachten Erkenntnisse und Erfahrungen anknüpfen und seinen Bürger*innen ebenfalls die Möglichkeit geben, sich „ihren“ Raum zurück zu erobern.

Die Bezirksversammlung hat daraufhin in ihrer Sitzung am 15.06.2023 folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord richtet mit bezirklichen Mitteln einen Fonds „Lebenswerter öffentlicher Raum“ ein und stattet diesen mit 20.000 Euro aus. Bürger*innen und Organisationen, die in ihrer Nachbarschaft Parklets einrichten wollen, können daraus je Parklet eine Förderung von bis zu 1.000 Euro der Kosten für Anschaffung und Aufbau erfolgen. Für Doppel-Parklets können bis zu 2.000 Euro beantragt werden. Über die Förderung entscheidet der Hauptausschuss nach Empfehlung der Verwaltung.
2. Das Bezirksamt wird gebeten, über die für die Genehmigung und eine Förderung notwendigen Angaben sowie Empfehlungen zur Beantragung, bspw. in Form einer Checkliste, auf seiner Website zu informieren. Zudem macht das Bezirksamt Öffentlichkeitsarbeit zum Fonds.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.05.2024

Für die Förderung und die Beantragung einer Genehmigung gelten folgende Regelungen:

3. Ein Parklet (ca. 12 qm) oder ein zusammenhängendes Doppel-Parklet (ca. 24 qm), im Folgenden ebenfalls als Parklet bezeichnet, darf beantragen, wer
 - a. juristische Person oder Privatperson ist,
 - b. in unmittelbarer Nähe zum geplanten Parklet-Standort wohnt oder einen Gewerbe-
raum nutzt,
 - c. mindestens eine verantwortliche Person für Bau, Unterhalt, Pflege, Abbau und Ver-
kehrssicherung des Parklets gewinnen und nachweisen kann. Dieser Nachweis gilt
als Pflegeverpflichtung für die beantragende Person, das gesamte Projekt und seine
gesamte Dauer. Übertragungen dieser Pflegeverpflichtung sind in begründeten Aus-
nahmefällen möglich und im Vorfeld schriftlich abzustimmen.
4. Das Parklet dient ausschließlich der nicht-gewerblichen Nutzung, muss frei zugänglich
und kostenfrei von allen genutzt werden können. Werbeschilder, die Verteilung von
Werbematerialien sowie das Werben für kommerzielle oder nicht-kommerzielle Instituti-
onen, Vereine etc. sind ausgeschlossen.
5. Mindestens 25 % der Parklet-Grundfläche soll der Begrünung mit einheimischen Pflan-
zen, Blumen, Gemüse, Obst etc. vorbehalten sein. Die Bepflanzung muss über die
Standdauer des Parklets erhalten werden.
6. Das Parklet soll möglichst frei von Kunststoffen (Blumenkübel, Folien etc.) errichtet wer-
den.
7. Mindestens 50 % der Parklet-Grundfläche sollen als Frei- und Begegnungsfläche nutz-
bar sein. Barrierefreiheit, mindestens aber Barrierearmut ist anzustreben.
8. Für das Parklet muss eine Sondernutzung für minimal 6 Monate und für maximal 12
Monate beantragt werden. Eine gewünschte Verlängerung muss zwei Monate vor Ablauf
der Sondernutzungsgenehmigung gestellt werden. Sondernutzungsgebühren werden,
sofern rechtlich möglich, nicht erhoben. Wird keine Verlängerung beantragt oder ge-
währt, ist die antragstellende Person zum Rückbau verpflichtet.
9. Das Parklet muss so aufgebaut sein, dass die Verkehrssicherung gewährleistet ist und
insbesondere bei der Nutzung eine Gefährdung durch den fließenden Verkehr auf der
Fahrbahn minimiert wird (bspw. durch einen Zugang nicht direkt von der Fahrbahn aus).
Es darf keine sicht- oder verkehrsbehindernden Bauformen bzw. Dimensionen aufwei-



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

sen.

10. Das Bezirksamt stellt im Sondernutzungsverfahren sicher, dass bei der Wahl der Fläche keine zu starke Beeinträchtigung anderer erfolgt. Daher sind beispielsweise die Inanspruchnahme von Behindertenparkplätze oder Parkplätzen mit öffentlichen Ladestationen etc. für eine Parklet-Nutzung ausgeschlossen.
11. Nach Genehmigung eines Parklets wird der zuständige Regionalausschuss in Kenntnis gesetzt.
12. Ein Jahr nach Errichtung des ersten Parklets informiert die Verwaltung im Mobilitätsausschuss über die bis dahin gemachten Erfahrungen. Zu diesem Termin werden alle Antragstellenden eingeladen.

Auf diesen Beschluss hat das Bezirksamt wie folgt Stellung genommen (Drs. 21-4494.1):

Dem Beschluss der Bezirksversammlung Hamburg-Nord (Drs. 21-4494) folgend hat das Bezirksamt die Voraussetzungen für die Einreichung von Anträgen auf Errichtung eines Parklets durch natürliche und juristische Personen geschaffen.

Antragsstellende können ab sofort die notwendigen Anträge auf Sondernutzung stellen. Dazu werden auf der Homepage des Bezirksamtes eine Schritt-für-Schritt-Anleitung sowie eine ausführliche Checkliste (beide sind hier zur Info beigefügt) hinterlegt, die alle notwendigen Informationen liefern. Die dort genannten Voraussetzungen zur Antragsstellung sowie die auf Basis der Drs. 21-4494 und bestehender Richtlinien und Vorschriften formulierten Vorgaben hinsichtlich Standort, Größe und Gestaltung des Parklets sind zu erfüllen. Die Genehmigung der Sondernutzung erfolgt nach Einzelfallprüfung in Abstimmung mit den zuständigen Behörden. Hierfür wird von einer Bearbeitungsdauer von mindestens vier Wochen ausgegangen.

Da die Erfahrung u.a. im Bezirk Eimsbüttel zeigt, dass die Nutzung der Parklets in den Wintermonaten deutlich abnimmt und die Belegung des öffentlichen Raumes durch vernachlässigte Parklets in öffentliche Kritik gerät, wird die Genehmigung zunächst für sechs Monate bzw. maximal Ende Oktober erteilt. Eine Verlängerung für weitere 6 Monate muss anschließend neu beantragt werden und ein auf die Wintermonate abgestimmtes Nutzungskonzept enthalten. Gemäß BV-Beschluss werden bewilligte Anträge dem Hauptausschuss vorgelegt, um über die Erstattung der Kosten für Anschaffung und Aufbau in Höhe von maximal 1.000 Euro pro Parklet bzw. 2.000 Euro pro Doppelparklet aus dem in Drs. 21-4494 aufgelegten Fonds „Lebendiger öffentlicher Raum“ zu entscheiden. Abgelehnte Anträge werden dem Ausschuss zusätzlich zur Info gegeben.

Nach derzeitigem Kenntnisstand ist die von der Bezirksversammlung gewünschte Be-



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.05.2024

freierung von Gebühren im Zusammenhang mit dem Sondernutzungsantrag nicht möglich. Die Bezirksversammlung wird gebeten zu entscheiden, ob sich die antragsstellende Person auch eine eventuell anfallende Gebühr (voraussichtliche Höhe rd. 100 Euro) zusätzlich aus dem Fonds „Lebendiger öffentlicher Raum“ erstatten lassen kann.

Des Weiteren schlägt das Bezirksamt vor, die Parklets mit einer Holzplakette zu kennzeichnen. Dies wird bereits in anderen Kommunen wie Berlin oder München praktiziert, und informiert Interessierte über das Format „Parklet“ sowie die Förderungsmöglichkeit durch die Bezirksversammlung. Gleichzeitig soll darauf ein Kontakt zu der antragstellenden Person enthalten sein. Die Bezirksversammlung wird um einen Beschluss gebeten, dass die Finanzierung dieser Holzplaketten (voraussichtliche Kosten rd. 70 Euro) ebenfalls aus dem Fonds „Lebendiger öffentlicher Raum“ erfolgen kann.

Um auch für 2024 noch den Fonds zur Förderung von Anträgen nutzen zu können und damit den gewünschten Anreiz zur Aufstellung von Parklets zu gewähren, wird die Bezirksversammlung darüber hinaus gebeten, bei der Sitzung des Hauptausschusses am 14.05.2024 für die bis dahin eingegangenen Anträge vorbehaltlich der Sondernutzungsgenehmigung die Finanzierung zu beschließen. Die folgende Sitzung im September käme für die Antragsstellenden zu spät. Dort würde der Ausschuss dann über die Ergebnisse der jeweiligen Sondernutzungsanträge in Kenntnis gesetzt.

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Für-Stimmen	: GRÜNE, SPD
Gegenstimmen	: CDU, FDP
Stimmenthaltungen	: DIE LINKE



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.15	Sicheres Queren der Tarpenbekstraße / Martinistraße gewährleisten - Beschlussempfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 21-5389.1	ungeändert beschlossen
------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 06.05.2024 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Die Behörde für Inneres und Sport und die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende werden gebeten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Kreuzung Tarpenbekstraße/Martinistraße für alle Verkehrsteilnehmenden sicherer zu gestalten. Dabei soll der Einsatz der Fahrradstaffel der Polizei zur Kontrolle der Verstöße der Radfahrenden bei der Querung der Straße geprüft werden. Des Weiteren wird die Polizei gebeten, insbesondere das gefährliche Wenden von Fahrzeugen zu dokumentieren und zu ahnden.

Geprüft werden soll mindestens der Einsatz von Video-Rotlichtüberwachung und von fest installierten Rotlichtblitzern, um die Rotlichtverstöße zu dokumentieren und zu ahnden.

Hintergrund:

An der Kreuzung Tarpenbekstraße / Martinistraße - in unmittelbarer Nähe zur Marie Beschütz Schule und mehreren Altenpflegeeinrichtungen - kommt es laut Berichten von Bürger*innen immer wieder zu gefährlichen Verkehrssituationen.

Aufgrund der dazu vorhandenen Beschwerdelage führte die Polizei im September 2023 an einem Tag am Knotenpunkt Tarpenbekstraße/Martinistraße eine Überprüfung durch. Diese Überprüfung ergab, dass an der Kreuzung zwar nicht der Gesamteindruck einer Unfallhäufungsstelle entstand. Dennoch wurden einige Verstöße beobachtet bzw. Probleme erkannt: Einige Autos wendeten tatsächlich auf beiden Seiten der Tarpenbekstraße.

Laut wiederkehrenden Berichten von Bürger*innen kam es auch immer wieder zu gefährlichen Rotlichtverstößen von Kraftfahrzeugen, die dann wiederum in die Grünphase der gegenüberliegenden Fußgängerquerung gerieten.

Mit Beginn der Schulanmarschzeit wurden beide Fußgängerfurten der Tarpenbekstraße stark frequentiert, sodass es vereinzelt dazu führte, dass Radfahrende und oder Fußgänger:innen bei Rotlicht noch die Fahrbahn betreten/ befahren haben. Die Querungsfurten der Tarpenbekstraße



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.05.2024

sind reine Fußgängerfurten und nicht für den Radverkehr signalisiert. Radfahrende müssen an diesem Knoten indirekt abbiegen. Es war Fehlverhalten von Radfahrenden zu beobachten, die die Fußgängerfurt nutzten, um zur dortigen Schule zu fahren.

Um besser einschätzen zu können, welcher Handlungsbedarf besteht, um die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden an dieser Kreuzung zu erhöhen, sollte dieser Bereich mit regelmäßigen und nicht nur punktuellen Kontrollen überwacht werden - beispielsweise durch den Einsatz der Fahrradstaffel der Polizei, um das Fehlverhalten der Radfahrenden und gefährliches Wenden der Kraftfahrzeuge besser kontrollieren zu können.

Das von Bürger*innen angeführte gefährliche Wenden von Fahrzeugführer*innen sollte dokumentiert und geahndet werden, um dann eine statistische Grundlage für eine erneute Prüfung zur Anordnung eines Wendeverbots zu haben.

Zudem sollte eine Videorotlichtüberwachung für den Knoten eingerichtet werden, um die Möglichkeiten der Verkehrsüberwachung auszuschöpfen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.16	Runder Tisch zur Umsetzung der Fußverkehrsstrategie und zur Parksituation in Hoheluft-Ost in Abendrothsweg und Husumer Straße - Empfehlung des Regionalausschusses Eppendorf-Winterhude Drucksache: 21-5392.1	ungeändert beschlossen
------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude hat sich in seiner Sitzung am 06.05.2024 mit der o.g. Thematik befasst und einstimmig die folgende Beschlussempfehlung verabschiedet:

Ein Runder Tisch bestehend aus den Petent:innen der letzten Monate, der Politik und der Polizei wird unverzüglich auf Einladung des Bezirksamts einberufen und in dafür geeigneten Räumlichkeiten durchgeführt. Dieser Runde Tisch soll unter Leitung einer politisch neutralen Persönlichkeit nach einer gemeinsamen Ortsbegehung die bezirklichen Maßnahmen zur Umsetzung der Fußverkehrsstrategie in Hoheluft-Ost auswerten und unter Wahrung der erfolgten Verbesserung für den Fußverkehr und den Baumschutz insbesondere nochmals Vorschläge für Verbesserungen für den ruhenden Verkehr bzw. die Parksituation an geeigneten Stellen erarbeiten.

Bis zum Jahresende 2024 werden alle weiteren straßenbaulichen Maßnahmen in den betroffenen Straßen zurückgestellt.

Hintergrund:

Die im Rahmen der Umsetzung der Fußverkehrsstrategie Hoheluft-Ost vorgenommenen Maßnahmen zur Umgestaltung des Straßenraumes zusammen mit der Neuordnung des ruhenden Verkehrs im Abendrothsweg und in der Husumer Straße haben bei Anwohner:innen wiederholt zu Verunsicherung geführt. Die Maßnahmen betreffend die Parkordnung werden teilweise vollständig abgelehnt. Die Verbesserung der Situation insbesondere für Fußgänger:innen wird jedoch sehr häufig gelobt. Um alle besser mitzunehmen und für das weitere Vorgehen eine höhere Akzeptanz bei den Bürger:innen zu erreichen, ist daher ein Dialog in einem geeigneten Format erforderlich.

Um die teilweise sehr unterschiedlichen Interessenlagen besser aufeinander abzustimmen und um gemeinsam nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen, soll im Format eines Runden Tisches, der vom Bezirksamt in geeigneten Räumlichkeiten anzubieten ist unter Leitung einer politisch neutralen Persönlichkeit eine Auswertung der jetzt erfolgten Umbaumaßnahmen und



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.05.2024

deren qualitative Bewertung aus Sicht der Bürger:innen vorgenommen werden.

Im Rahmen dieses Runden Tisches können auch noch einmal sowohl die bereits Ende 2022 gesammelten Ideen der Bürger:innen inklusive der vorliegenden Bewertungen durch das Bezirksamt (Drs. 21-4068 <https://sitzungsdienst-hamburg-nord.hamburg.de/bi/___tmp/tmp/45081036/Xbg3pkPc3Wtw5f3zaR6yVMZ6j3de4Pk8SwMvOS7x/nVjuxOBKL/1303178.pdf>) als auch der damals gestellte Antrag zur Überprüfung der Parkordnung (Drs. 21-4068.1.1 <https://sitzungsdienst-hamburg-nord.hamburg.de/bi/___tmp/tmp/45081036/Xbg3pkPc3Wtw5f3zaR6yVMZ6j3de4Pk8SwMvOS7x/aADjhHDKL/1308441.pdf>) und die darauf erfolgten Antworten betrachtet werden. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, ob alternative Gestaltungen für den ruhenden Verkehr (z. B. streckenweise Kombinationen von Quer- und Schrägparken an geeigneten Teilstrecken der betroffenen Straßen) zu einer anderen Bewertung für Sicherheitsanliegen durch die Polizei führen könnten.

Im Rahmen der Diskussion soll darauf geachtet werden, dass die Verbesserungen für den Fußverkehr und den Baumschutz nicht gefährdet werden und die Belange der Verkehrssicherheit und die Sicherheit von Rettungswegen jederzeit beachtet werden.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.17	Verbesserte Querungen und sichere Gehwegstrecke zum Schwalbenplatz - Beschlussempfehlung des Regionalausschusses BUHD Drucksache: 21-5385.1	ungeändert beschlossen
------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am **13.05.2024** mit oben genannter Thematik auseinandergesetzt und bei punktweiser Abstimmung folgende Beschlussempfehlung formuliert:

Die zuständigen Stellen werden gebeten, die folgenden Punkte umzusetzen:

1. Vor der Umlaufsperrung an der Querung Schwalbenplatz (Ost) auf der Höhe Lißmannseck wird ein Halteverbot bspw. durch Anbringen einer Sperrflächenmarkierung eingerichtet, damit der Gehweg dauerhaft frei bleibt. Der Abstand der Gitter an der Umlaufsperrung soll auf Barrierefreiheit geprüft werden, so dass ein Zugang auch für Kinderwagen und Rollstühle möglich ist. Auf dem Grünstreifen sollen eine Ausschilderung und ggf. Eichenspaltpfähle das Parken verhindern, um die Gehwegstrecke freizuhalten.
2. Gegenüber der Querung auf der Ostseite des Schwalbenplatzes auf der Höhe des Parkausgangs wird anstelle eines Parkstands eine Sperrfläche markiert, um einen Übergang für Zufußgehende zu schaffen. Der Bordstein soll zudem abgesenkt werden, damit ein barrierefreier Übergang zum Gehweg für Rollstühle u.a. geschaffen wird.
3. Eine Sperrmarkierung an der Querung Habichtsweg (Südseite) bei der Einmündung Schwalbenplatz (West) wird aufgebracht, damit ein Übergang für Zufußgehende und Mobilitätseingeschränkte ermöglicht wird.
4. **Ergänzend möge geprüft werden, ob im Kreuzungsbereich Heidhörn/Schwalbenplatz eine Aufstellung von vier Fahrradbügeln möglich ist.**

Punkt 1: einstimmig beschlossen

Punkt 2: einstimmig beschlossen

Punkt 3: einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion beschlossen

Punkt 4: einstimmig beschlossen

Begründung:

Im Anschluss an das Stadtteilgespräch vom 29.03.2023 zum Thema „Wege ohne Auto in Barmbek“ [1] hat eine AG des Stadtteilrats Barmbek-Nord Ideen aus der Veranstaltung bearbeitet, Anregungen für die Aufwertung der Grünzüge in der Stadtteilratssitzung



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.05.2024

beschlossen und diese in der Sitzung des Regionalausschusses am 11.03.2024 präsentiert. [2]
Einige dieser Vorschläge der Eingabe sind nun hier mitaufgenommen.

Grünzüge beinhalten wichtige Wegestrecken für das Unterwegssein zu Fuß. Es gibt keine parkenden Autos, keinen Verkehrslärm und keine Abgase. Damit bieten sie für die Menschen ideale Orte der Ruhe, Erholung und Entspannung innerhalb des Stadtgebiets. Besonders Familien mit Kindern ermöglichen sie einen Aufenthalt ohne Gefahren durch den Autoverkehr. Kinder können hier ungestört laufen oder spielen. Für die Bewohner*innen des Stadtteils und Menschen im Stadtgebiet ermöglichen Grünzüge ebenso Begegnungen im sozialen Netz. Sie steigern damit die Lebens- und Aufenthaltsqualität im jeweiligen Wohngebiet und Stadtteil.

Darüber hinaus sind Grünzüge in bebauten Gebieten umweltrelevant: Sie regen die Bewohner*innen des Stadtteils an, ihre kurzen Wege klimafreundlich zu Fuß oder mit dem Rad zurückzulegen.

Der Schwalbenplatz als Grünzug stellt für Zufußgehende von der Fuhlsbüttler Straße durch die im Moment in Bau befindlichen Gebäude aus bis zur Habichtstraße eine attraktive Gehwegverbindung jenseits der Straßen dar. Es gibt dabei optional mehrere Wegestrecken rund um und über den Schwalbenplatz. Jedoch sind diese Gehwegstrecken besonders auf Höhe der Park-Eingänge teilweise schwer erreichbar.

1. Auf der Westseite des Schwalbenplatzes auf der Höhe Lißmannseck gibt es einen Parkeingang mit einer Umlaufsperrung. Vor dem Eingang wird in durchgehender Reihe längs hochbord auf dem Gehweg geparkt; der Gehweg auf Höhe der Umlaufsperrung wird durch parkende Autos versperrt; der Eingang ist zu Fuß nur erreichbar, wenn Lücken zwischen den Autos gefunden werden. Darüber hinaus existiert an dieser Stelle bis Heidhorn ein Grünstreifen, der für Zufußgehende freigehalten werden sollte. Das Längsparken auf der Straße sollte hingegen bleiben und ist ausreichend.
2. Auf der Ostseite des Schwalbenplatzes genau auf derselben Höhe am Parkeingang existiert eine Querung, über die Zufußgehende die Fahrbahn sicher erreichen. Auf der Westseite der Straße jedoch vor dem Gebäude fehlt das Gegenstück dazu. Ein Übergang für Zufußgehende ist durch parkende Autos versperrt.
3. Entlang dem Schwalbenplatz auf der Westseite muss man zu Fuß den Habichtsweg überqueren. Auf der Südseite des Habichtswegs rücken jedoch parkende Autos so nah an den Fahrbahnrand, so dass ein Übergang für Zufußgehende nicht möglich ist.

Der verbesserte Zugang zum Schwalbenplatz ermöglicht nicht nur eine sichere Wegstrecke für die Zufußgehenden und mobilitätseingeschränkte Personen mit Rollator oder Rollstuhl. Auch wird damit insgesamt die Aufenthaltsqualität im Stadtteil und auf dem Schwalbenplatz gesteigert.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Abstimmungsergebnis:

Punkte 1, 2 und 4:

Einstimmig beschlossen

Punkt 3:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, DIE LINKE, FDP
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : CDU



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.18	Straßenumbenennungen in Barmbek: Kraepelinweg ungeändert beschlossen - Beschlussempfehlung des Regionalausschusses BUHD Drucksache: 21-5388.1
-------------	--

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am **13.05.2024** mit oben genannter Thematik auseinandergesetzt einstimmig folgende Beschlussempfehlung formuliert:

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Kraepelinweg, der seinen heutigen Namen in der NS-Zeit erhielt (vgl. Drs. 21-3543.2) [1], soll künftig wieder den ursprünglichen Namensgeber *Nicolaus Heinrich Julius* ehren. Der Kraepelinweg soll daher künftig *Nicolaus-Heinrich-Julius-Weg* heißen.
2. Der Regionalausschuss schlägt folgenden Text für das die Umbenennung erläuternde Schild vor:
„Nach dem Hamb. Arzt Nicolaus Heinrich J. (1783-1862), trat für die Errichtung einer psychiatrischen Anstalt in Hamburg ein. Die nach ihm benannte Straße wurde 1938 im Rahmen der Umbenennung von nach Menschen jüdischer Herkunft benannten Straßen in Kraepelinweg (nach Emil K. (1856-1926), Psychiater, Wegbereiter der NS-Ideologie im Bereich der Psychiatrie) umbenannt. Rückbenannt 2024.“
3. Die Umschreibung der persönlichen behördlichen Dokumente aller Anwohnenden und der in der neu benannten Straße ansässigen Unternehmen und Institutionen soll kostenfrei erfolgen.
4. Sobald der neue Name feststeht, sollen die betroffenen Anwohner*innen und ansässigen Unternehmen über die anstehende Umbenennung des Kraepelinwegs und deren Hintergründe informiert werden. Dabei sollen auch Hinweise hinsichtlich zu ändernder Dokumente gegeben und es soll klargestellt werden, dass die Änderungen für sie kostenfrei sind.

Begründung:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde Dulsberg (BUHD) hatte in einem einstimmigen Beschluss am 16.01.2023 Zusatzinformationen zur Umbenennung des Kraepelinwegs in Juliusweg geliefert [1]. Das Staatsarchiv hat anschließend diesen Vorschlag geprüft



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.05.2024

und angemerkt, dass es bereits eine Juliusstraße gebe und dies zu Verwechslungen führen könne. Die Mitarbeitenden des Staatsarchivs schlagen darum vor, die Vornamen des Dr. Julius in die Straßenbezeichnung aufzunehmen.

Den sich daraus ergebenden Straßennamen „Nicolaus-Heinrich-Julius-Weg“ erachteten die Fraktionen für sehr lang. Dies könnte in der Bevölkerung das Verständnis für die Umbenennung mindern. Vor diesem Hintergrund baten die Fraktionen das Staatsarchiv um Prüfung und Stellungnahme anderer Möglichkeiten einer Rückbenennung des Kraepelinwegs, um eine Würdigung von Nicolaus Heinrich Julius ohne einen sehr langen Straßennamen zu ermöglichen [2]. Das Staatsarchiv teilte mittlerweile mit, dass die gemachten Vorschläge aus formalen Gründen nicht in Frage kommen [3].

Petitum/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.19	Verbesserte Verbindungen für den Fußverkehr in der Dieselstraße - Beschlussempfehlung des Regionalausschusses BUHD Drucksache: 21-5390.1	ungeändert beschlossen
------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am **13.05.2024** mit oben genannter Thematik auseinandergesetzt und bei punktweiser Abstimmung folgende folgende Beschlussempfehlung formuliert:

Der Bezirksamtsleiter und das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung werden gebeten, folgende Punkte umzusetzen:

1. Die Halteverbote und Sperrflächen an der Dieselstraße sollen im Bereich des Grünzugs vergrößert und erneuert bzw. deutlich markiert werden, damit Zufußgehende im Grünzug die Dieselstraße direkt queren können.
2. Es möge geprüft werden, ob das vorhandene Fußgänger:innen-Schutzgitter ggf. noch als Baumschutz notwendig ist. Ansonsten soll es gekürzt oder entfernt werden, um die Querung für alle Verkehrsteilnehmer:innen sichtbar zu machen und die Nutzung durch Kinderwagen und Fahrräder zu erleichtern.
3. Bordsteinabsenkungen an der Querung in der Dieselstraße sollen ebenfalls die Querung für Zufußgehende vom Grünzug verdeutlichen und eine bequeme, barrierearme Nutzung ermöglichen.

Punkt 1: einstimmig bei Einhaltung der CDU-Fraktion beschlossen

Punkt 2: einstimmig beschlossen

Punkt 3: einstimmig beschlossen

Begründung:

Im Anschluss an das Stadtteilgespräch vom 29.03.2023 zum Thema „Wege ohne Auto in Barmbek“ [1] hat eine AG des Stadtteilrats Barmbek-Nord Ideen aus der Veranstaltung bearbeitet, Anregungen für die Aufwertung der Grünzüge in der Stadtteilratssitzung beschlossen und diese in der Sitzung des Regionalausschusses am 11.03.2024 präsentiert. [2] Einige dieser Vorschläge der Eingabe sind nun hier mitaufgenommen.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.05.2024

Grünzüge beinhalten wichtige Wegestrecken für das Unterwegssein zu Fuß. Es gibt keine parkenden Autos, keinen Verkehrslärm und keine Abgase. Damit bieten sie für die Menschen ideale Orte der Ruhe, Erholung und Entspannung innerhalb des Stadtgebiets. Besonders Familien mit Kindern ermöglichen sie einen Aufenthalt ohne Gefahren durch den Autoverkehr. Kinder können hier ungestört laufen oder spielen. Für die Bewohner*innen des Stadtteils und Menschen im Stadtgebiet ermöglichen Grünzüge ebenso Begegnungen im sozialen Netz. Sie steigern damit die Lebens- und Aufenthaltsqualität im jeweiligen Wohngebiet und Stadtteil.

Darüber hinaus sind Grünzüge in bebauten Gebieten umweltrelevant: Sie regen die Bewohner*innen des Stadtteils an, ihre kurzen Wege klimafreundlich zu Fuß oder mit dem Rad zurückzulegen.

Der Stadtteilrat Barmbek-Nord schlägt eine bessere Querung der Dieselstraße im Grünzug nördlich der Habichtstraße/Ring 2 vor.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1:

Einstimmig beschlossen

Für-Stimmen : GRÜNE, SPD, DIE LINKE, FDP
Gegenstimmen :
Stimmenthaltungen : CDU

Punkte 2 und 3:

Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.20	Bewohnern des Lämmersieth und der Sonderburger Straße Ausfahrt aus ihrem Quartier ermöglichen - Beschlussempfehlung des Regionalausschusses BUHD Drucksache: 21-5395.1	ungeändert beschlossen
-------------	---	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am **13.05.2024** mit oben genannter Thematik auseinandergesetzt einstimmig folgende Beschlussempfehlung formuliert:

Die zuständigen Stellen werden gebeten dafür zu sorgen, dass die Bewohner*innen des Quartiers Lämmersieth und Sonderburger Straße in einer dem Stadtverkehr üblichen Weise das Quartier verlassen können. Dazu sollen folgende Lösungen ausgeführt werden:

1. Die Kreuzung Lämmersieth / Habichtstr. sollte durch eine Lichtsignalanlage geordnet werden, damit die Abbiegeoptionen für die Bewohner*innen wieder ermöglicht werden. Gleichzeitig verbessert das die Sicherheit der Menschen, die in das Sportzentrum wollen, sowie der Bewohner*innen der Seniorenwohnanlage und der Schüler*innen der Schule Lämmersieth, die zur Bushaltestelle queren wollen. Dabei ist die jetzige Bedarfsampel in das Konzept einzubeziehen.
2. Bis zur Erneuerung der LSA sollte durch eine Haltelinie auf der Habichtstr. mit einem Zusatzschild „bei Rot hier halten“ vor der Einmündung des Lämmersieths das Freihalten des Einmündungsbereiches erreicht werden. In diesem Fall müsste die Lichtsignalanlage unabhängig von einer Fußgängeranforderung in einem Zyklus auf Rot geschaltet werden. Die Abbiegeoptionen können dann wieder freigegeben werden
3. Der Regionalausschuss soll über die Maßnahmen in Kenntnis gesetzt werden

Begründung:

Im Lämmersieth und der Sonderburger Straße nördlich des Ringes 2 wurden etliche neue Wohnungen gebaut. Die Straßenführung endet als Sackgasse in einem Wendehammer, d.h. die Bewohner*innen können die Straße nur über den Ring 2 verlassen. Nach Angaben der Polizei hat es hier schon einige Unfälle gegeben, so dass für den Lämmersieth ein Rechtsabbiegegebote angeordnet wurde. Neben der Schwierigkeit, dass die Menschen dort mit ihrem Fahrzeug



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.05.2024

weder in den weiteren Verlauf des Lämmersieths noch nach links in die Habichtstraße einbiegen können, ist auf der nach rechts angeordneten Abbiegeverbindung durch die Neuordnung des Verkehrsflusses zum Bau der U5 das Abbiegen oft nicht möglich, weil die Habichtstraße völlig verstopft ist. Bei einem Rotlicht der Signalanlage für Fußgänger*innen ist die Ausfahrt aufgrund der in der Schlange auf ein grünes Signal wartenden Fahrzeuge meistens nicht frei. Die Situation wird sich nach der Eröffnung des Sportzentrums des SC Urania durch parkende Fahrzeuge der Sportler und deren Mannschaftsfahrzeugen noch verschärfen.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Nord
Bezirksversammlung

AUSZUG AUS DER NIEDERSCHRIFT

der Sitzung des Hauptausschusses
vom 14.05.2024

Öffentlich

7.21	Mehr Sicherheit für Kinder in der Kita Dithmarscher Straße 27 - Beschlussempfehlung des Regionalausschusses BUHD Drucksache: 21-5406.1	ungeändert beschlossen
------	--	------------------------

Sachverhalt:

Der Regionalausschuss Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde-Dulsberg hat sich in seiner Sitzung am **13.05.2024** mit oben genannter Thematik auseinandergesetzt einstimmig folgende Beschlussempfehlung formuliert:

Das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung wird gebeten, sich bei der Polizei Hamburg dafür einzusetzen, dass geprüft wird, ob vor der Kita in der Dithmarscher Straße 27 eine Tempo 30-Strecke eingerichtet werden kann. Der vorhandene Zebrastreifen sollte dabei in jedem Fall unangetastet bleiben.

Begründung:

Seit 2013 befindet sich Erdgeschoss des Mehrfamilienhauses in der Hausnummer 27 eine Kindertagesstätte. Die Einrichtung bietet Platz für 60 Kinder vom 11. Lebensmonat bis zum Schuleintritt.

Politisch ist seit Langem gewünscht und beschlossen, dass die Dithmarscher Straße komplett in die umgebenden Tempo-30-Zonen einbezogen werden soll. Aus Kapazitätsgründen konnten die dafür erforderlichen umfangreichen Planungen und Umbauten bislang nicht terminiert werden. Doch die Kinder und Besucher*innen der Kindertagesstätte Dithmarscher Straße 27 sollen trotzdem vor schnell fahrendem Kraftfahrzeugverkehr geschützt werden.

Obwohl der Eingang zur Kita derzeit in der Lauenburger Straße liegt, gelangt ein erheblicher Teil der Kinder über die Dithmarscher Straße bzw. durch deren Querung zur Kita. Es sollte nichts unversucht gelassen werden, dennoch eine Geschwindigkeitsreduzierung zu ermöglichen. Dabei muss allerdings der vorhandene Zebrastreifen erhalten bleiben.

Petition/Beschluss:

Der Hauptausschuss folgt der Beschlussempfehlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen